

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Serbien und Montenegro**

**Quartal/Jahr: IV/2012**

## SCHLAGZEILEN

1. **Serbien beschließt Maßnahmenpaket zur Reduzierung des Haushaltsdefizits**
2. **Fortschritt im Kosovo-Dialog: Gespräche zwischen Belgrad und Pristina auf höchster politischer Ebene**
3. **Regierungsbildung in Montenegro**

### 1. **Serbien beschließt Maßnahmenpaket zur Reduzierung des Haushaltsdefizits**

Die serbische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um das öffentliche Finanzsystem zu stabilisieren und das ausufernde Defizit des Staatshaushaltes zu begrenzen und von derzeit 7,1% auf 4% des BIP bis Ende 2013 zu reduzieren. Eine der Kernmaßnahmen ist die Anhebung der Mehrwertsteuer von 18% auf 20% zum 01. Oktober 2012, wobei der ermäßigte Steuersatz für Nahrungsmittel von 8% unverändert bleibt.

Auf dem Programm stehen außerdem Einsparungen im öffentlichen Dienst und die Entlastung der Wirtschaft durch die Abschaffung von rund 130 administrativen Gebühren und Abgaben. Gleichzeitig werden kleine und mittelgroße Unternehmen ab Anfang 2013 die Möglichkeit erhalten, die Mehrwertsteuer anders als bisher, nicht nach Rechnungsstellung, sondern bei Zahlungseingang zu entrichten, was ihre Liquidität stärken soll.

### 2. **Fortschritt im Kosovo-Dialog: Direktgespräche zwischen Belgrad und Pristina auf höchster politischer Ebene**

Nach den seit der Abspaltung Kosovos 2008 ausschließlich auf technischer Ebene geführten und ergebnislos auf der Stelle tretenden Verhandlungen zur Lösung der aus serbischer Sicht ungeklärten Status-Frage der ehemaligen südserbischen Provinz, konnte unter Vermittlung der EU ein Verfahrensmodus für konkrete Fortschritte im festgefahrenen Kosovo-Dialog gefunden werden.

Der jüngst inaugurierte serbische Ministerpräsident, Ivica Dačić, verkündete unmittelbar nach Amtsantritt den Beschluss seines Regierungskabinetts, die Kosovo-

Gespräche von technischer auf politische Ebene anzuheben und erklärte sich bereit, diese auch persönlich mit höchsten politischen Vertretern der von Serbien nicht anerkannten Kosovo-Institutionen zu führen.

Angesichts der angestrebten EU-Mitgliedschaft sowohl Serbiens als auch Kosovos und der damit verbundenen EU-geforderten Normalisierung der Nachbarschaftsbeziehungen, gelang Anfang Oktober 2012 der entscheidende Durchbruch, so dass unter Vermittlung der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton die einstigen Kriegsgegner und nunmehr Amtskollegen, Ivica Dačić und Hashim Thaci, zu erstmaligen politischen Direktgesprächen an einen Verhandlungstisch in Brüssel gebracht werden konnten.

Die als konstruktiv bezeichneten Ergebnisse der im November 2012 geführten zweiten Verhandlungsrunde wurden jedoch unmittelbar anschließend von beiden Seiten völlig gegensätzlich interpretiert. Laut Dačić handle es sich bei der vereinbarten integrierten Grenzkontrolle keinesfalls um eine echte Grenze, sondern nur um Polizeikontrollpunkte. Dagegen betonte Thaci, die Grenze zwischen den beiden zerstrittenen Ländern sei nun erstmals fixiert.

In der beim dritten Treffen im Dezember 2012 ausgehandelten Kompromisslösung verzichtete Pristina auf Staatssymbole an den Grenzposten. Serbien wiederum verpflichtete sich, komplette Einsicht in die Finanzierung der serbischen Parallelstrukturen im Kosovo zu gewähren. Des Weiteren wurde die Errichtung von Kontaktbüros in Belgrad und Pristina vereinbart, wobei die jeweilig residenten EU-Delegationen im Rahmen ihrer Vermittlungsrolle die Räumlichkeiten für die Verbindungsbeamten zur Verfügung stellen werden.

Eine nächste Gesprächsrunde der beiden Ministerpräsidenten in Brüssel, bei der Vereinbarungen in den als kompliziert geltenden Bereichen der Stromversorgung und Telekommunikation erreicht werden sollen, wurde für den 17. Januar 2013 vereinbart.

Mit einer Mäßigung der harschen Rhetorik gegenüber Kosovo und verstärkten Anstrengungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung hatte die neue Regierung Serbiens gehofft, noch bis Ende 2012 einen Termin für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen erzwingen zu können.

Doch obwohl es das offizielle Belgrad schaffte, sich selbst zu überwinden, um die Grenzvereinbarungen tatsächlich zu akzeptieren und auch künftig keine Regionalforen bei Teilnahme Kosovos mehr boykottieren will, scheint ein breiter öffentlicher Konsens aller politischer Akteure zum Umgang mit der unabhängigen Ex-Provinz noch nicht ersichtlich.

### **3. Regierungsbildung in Montenegro**

Bei den am 14. Oktober 2012 abgehaltenen vorgezogenen Parlamentswahlen in Montenegro ging die Demokratische Partei der Sozialisten, DPS, von Milo Đukanović zum ersten Mal seit der Einführung des Mehrparteiensystems 2001 nicht als Sieger mit absoluter Mehrheit hervor.

Im Wahlbündnis „Europäisches Montenegro“ zusammen mit der Liberalen Partei LP und dem langjährigen wichtigsten Bündnispartner, der Sozialdemokratischen Partei SDP, erreichte die DPS nur 39 von insgesamt 81 Parlamentssitzen.



Das Oppositionswahlbündnis „Demokratische Front“ zusammengesetzt aus der Bewegung für Wandel, PZP, und der Partei Neue Serbische Demokratie, NSD, kam auf 20 Mandate, die Sozialistische Volkspartei, SNP, schaffte es auf 9 Mandate und die Partei Positives Montenegro, PCG, bekam 7 Mandate.

Bei den Minderheitenparteien, für die ein natürlicher Wahlzensus gilt, kam die Bosniakische Partei BS auf 3 Mandate, die Kroatische Bürgerinitiative HGI auf 1 Mandat, ebenso wie zwei Wahlbündnisse der albanischen Minderheit.

Aufgrund der Wahlergebnisse war klar, dass die Minderheitenparteien als Zünglein an der Waage die Regierungsbildung entscheiden werden.

Kurz vor Beginn der konstituierenden Parlamentssitzung einigte sich das Wahlbündnis um die DPS mit der Bosniakischen Partei, der Kroatischen Bürgerinitiative und der Albanischen Koalition auf einen Koalitionsvertrag und sicherte sich so erneut eine Parlamentsmehrheit von 44 Mandaten.

Am 04. Dezember 2012 präsentierte der designierte Regierungschef Milo Đukanović die denn auch aus altbekannten Gesichtern bestehende neue Regierungsmannschaft, bei der sich unter 16 Ministern, vier Vizepremierministern und einem Minister ohne Ressort nur 6 Neuzugänge finden.

Bestens bekannt ist natürlich der Premier selbst, der wohl ebenso einflussreichste wie umstrittenste Politiker des Landes, der seit 1991 fast ständig Minister- oder Staatspräsident war und nun zum siebten Mal das höchste Staatsamt übernimmt.

## Vidica Drakulić

Die Autorin ist Projektassistentin der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Projekt Serbien und Montenegro

### IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)